

Nachwuchsgewinnung für die Polizei Sachsen – die Zweite

Vor einem Jahr stellte die Arbeitsgruppe Nachwuchsgewinnung ihre Arbeitsergebnisse im Landesvorstand vor. In der Deutschen Polizei 8/12 konnte jeder der wollte unsere Vorschläge und Ideen zu oben genanntem Thema nachlesen. Auch der Hauptadressat, das Sächsische Staatsministerium des Innern, hat dies wohl getan. Unsere Vorschläge damals waren:

- Nutzung der Medien (Presse, Fernsehen, Kinospots, Broschüren)
- Plakate, Aufkleber an Fahrzeugen
- Ausbildungsmessen, Verkehrssicherheitslage
- Werbung in den Schulen, Berufsschulzentren
- Werbung in Sportvereinen, Arbeitsagenturen, Freiwilligen Feuerwehren
- Werbung gerade jetzt in der Bundeswehr
- Nutzung der Fördermöglichkeiten über das Soldatenversorgungsgesetz
- Werbung im EU-Ausland
- Werbung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Wiedereinführung der Tage der offenen Tür in der Bereitschaftspolizei Sachsen
- Bonusangebote bei abgeschlossenem Studium oder Ausbildung
- Erhöhung der Altersgrenzen bei der Einstellung
- Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlags
- Unterbringung der Beamten in Ausbildung (BiA) wieder in den Ausbildungseinrichtungen
- Anbieten von Praktika in der Polizei (analog Bundespolizei)

Letzter Punkt:

- Wiedereinführung von Einstellungsberatern vor Ort für die Werbung als ständiger Ansprechpartner und Betreuung vor dem Einstellungstest
Mittlerweile wurde eine „Konzeption zur Nachwuchsgewinnung der Polizei im Freistaat Sachsen“ erstellt

und war Thema zweier Polizeichefbesprechungen

Inhaltlich beschäftigt sich diese Konzeption mit folgenden Themen:

- Analyse der Ausgangssituation unter Berücksichtigung der Altersstruktur und des Wohnortes der Bewerber
- Betrachtung der Bewerberlage im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst (Polizeimeisteranwärter/Polizeikommissaranwärter)
- Nachwuchswerbung und geeignete Mittel der Werbung (in Teilen identisch zu den Vorschlägen der Gewerkschaft der Polizei)
- Berufsberater und deren Aufgaben/Personalbedarf
- Änderungsbedarf bei Einstellungs- und Studienbedingungen
- Einstellungsvorgaben bei den Altersgrenzen
- Dauer des Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienst
- Zeitliche Vorgaben für die Initiierung der einzelnen Werbemaßnahmen für ein Jahr

Auch wenn wir als Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen nie gefragt worden sind, können wir diesem Konzept grundsätzlich zustimmen. Dabei wünschen wir uns zusätzlich noch Folgendes:

1. Der Personalbedarf an Berufsberatern wurde mit zwölf Stellen berechnet (pro Polizeidirektion zwei plus Bereitschaftspolizeipräsidium zwei Stellen). Wir halten einen Personalansatz von insgesamt 18 Stellen für realistisch. Dabei gehen wir von Tätigkeiten aus, die im Hauptamt ausgeführt werden. Die Beamtinnen und Beamten sollten auch „jung, dynamisch und kompetent“ sein.
2. Unbedingt notwendig ist ein eigenständiger Titel im Haushalt. Werbung und Betreuung kosten Geld. Betteln um zusätzliche Mittel muss der Vergangenheit angehören.
3. Das Schülerpraktikum muss praxisnah gestaltet werden. Die Interes-



Erik Berger

senten sollten Polizei erleben können, um nicht mit falschen Vorstellungen zur Polizei zu kommen.

4. Wir wiederholen gerne unseren Vorschlag zur Ausbildung im mittleren (mPVD) und gehobenen (gPVD) Polizeivollzugsdienst.

Ausbildung mPVD

Überlegungen zu einem neuen Ausbildungskonzept, solange die Politik an der dreigeteilten Laufbahn festhält.

- Nur noch Einstellungen im mPVD zum 1. September. Hier Einstellungen von 300 BiA pro Jahr, davon acht Klassen à 20 Beamte in Leipzig
- Nach einem Jahr Laufbahnzwischenprüfung: Die leistungsstärksten BiA mit Abitur (max. 150) wechseln zum Bachelorstudium nach Rothenburg und führen ihre Ausbil-

Fortsetzung auf Seite 2

ZITAT DES MONATS

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“

Antoine de Saint-Exupéry

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **August 2013**, war der **4. Juli 2013**, für die Ausgabe **September 2013** ist es der **8. August 2013** und für die Ausgabe **Oktober 2013** ist es der **5. September 2013**. Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Fortsetzung von Seite 1

derung zum Polizeikommissaranwärter fort

Die 150 leistungsschwächeren Beamten werden weiter 1½ Jahre zum Polizeimeister ausgebildet.

Dazu wären insgesamt 900 Ausbildungsstellen notwendig. Bei max. 600 BiA im mPVD an den Polizeifachschulen bei einer Klassenstärke von 20 BiA wäre der Lehrgangsansatz 114. Der Bedarf an Lehrkräften würde sich also um 26 verringern. Zu beachten wäre, dass sich bei 30 Klassen im Vergleich zum Ist-Zustand der Bedarf an Schulungsräumen, PC-Kabinetten, Schießmöglichkeiten, Sport, Unterkünften etc. entsprechend erhöht.

In der Folge könnten jährlich 150 Polizeimeister den Einsatzhundertschaften und 150 Polizeikommissare zur Übernahme stehen (Koalitionsvereinbarung). Differenzen könnten

durch Übernahme aus anderen Bundesländern ausgeglichen werden.

Ausbildung gPVD

Die Ausbildung würde, wie im mPVD dargestellt, ab dem 1. September für 150 Studenten beginnen. Differenzen können über den derzeit gültigen Regelaufstieg ausgeglichen werden.

Erik Berger

P.S.: Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass beabsichtigt sei, zukünftig 130 PKA zum 1. Oktober einzustellen. Diese würden ein dreijähriges Studium absolvieren. Regelaufsteiger (20 pro Jahr) sollen nur noch zwei Jahre studieren müssen.

+++ INFORMATION +++ INFORMATION +++

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf Seite 3 des Landesjournals Sachsen in „Deutsche Polizei“ (Ausgabe 2/2013) informierten wir Euch darüber, dass sich aufgrund eines Beschlusses des außerordentlichen Landesdelegiertentages vom Oktober 2012 bezüglich der Einziehung des Mitgliedsbeitrages etwas geändert hat. Ziel war es, das sächsische Beitragssystem transparent, gerecht und gewerkschaftspolitisch sowie haushalterisch vertretbar zu gestalten. Ich denke, das ist uns auch gelungen.

Unschwer konntet und werdet Ihr jedoch weiterhin feststellen, dass eine Änderung bis heute nicht vollzogen wurde. „Schuld“ daran sind unterschiedliche Auffassungen des Bundesvorstandes und des sächsischen Landesvorstandes zur Zuständigkeit, in die Beitragsgestaltung einzugreifen. Hierbei geht es vor allem um Satzungs Kompetenzen, um Lesarten und nicht zuletzt auch um Bedenken, dass eine föderale Beitragsgestaltung Konsequenzen für die Mitgliederentwicklung in den Landesbezirken haben könnte.

Da eine Einigung am „grünen Tisch“ bisher nicht möglich war, hat sich der Bundesvorstand dieses Thema auf die Agenda gesetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss bildete eine Arbeitsgruppe, die sich zeitnah mit dieser Problematik befasst, wobei das „neue“ sächsische Beitragsmodell als Diskussionsvorlage dient.

Aufgrund der derzeitigen Einziehungskompetenz der Mitgliedsbeiträge durch den Bund wird es bis auf Weiteres bei der Einziehung der „alten“ Mitgliedsbeiträge bleiben. Über den jederzeit aktuellen Stand der Verhandlungen und die weitere Verfahrensweise werdet Ihr selbstverständlich informiert.

**Euer
Hagen Husgen**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LESERMEINUNG

Wohin führt uns unser Weg?

Nicht mehr im aktiven Dienst, mehr als zwei Jahre weg vom polizeilichen und damit auch gewerkschaftlichen Kerngeschäft und trotzdem irgendwie mit der Sache noch verbunden, macht man sich über das eine oder andere seine Gedanken und verfasst diese dann in dem vorliegenden Brief, gleichwohl wissend, dass dieser nichts bewirkt, aber die Seele doch ein wenig befreiter erscheinen lässt. Und weil im Leben manches viel zu ernst genommen wird und die Lage durchaus ernst ist, möge man mir manchen sarkastischen Unterton verzeihen. Möglicherweise wird sich durch meine Zeilen auch mein Freundeskreis nicht unbedingt erweitern. Sei es drum!

Ich kann mich noch sehr gut an unsere Aktionen in Vorbereitung der Tarifverhandlungen 2013 erinnern. Genau so gut erinnere ich mich, wie viele Kolleginnen und Kollegen den Aufrufen gefolgt waren und welchen Beschäftigtengruppen sie angehörten. Für mich stellte sich immer wieder die Frage, wer kämpft eigentlich für wen? Solidarität, Gemeinsamkeit, Stärke durch Manpower (Womanpower geht auch) stelle ich mir anders vor. Kann sich der eine oder andere von euch noch an die Demo im Frühjahr 1991 in Dresden am Elbufer erinnern? Da habe ich Politiker zittern gesehen. Heute zittern die auch noch, allerdings vor Lachen über uns.

Fangen wir einmal an der Basis an. Die im Wesentlichen unbefriedigende Teilnahme unserer Mitglieder an Kampfaktionen hatte ich schon angesprochen. Woran liegt das? Warum werden immer wieder die schrillsten Ausreden für die Nichtteilnahme an solchen Aktionen er- oder gefunden? Mir ist aufgefallen, dass entweder alle Omas und Opas unserer Mitarbeiter schier ausgerechnet zum Demo-Tag ihren 70. Geburtstag feierten oder im Urlaub waren und sie somit nicht Kleinpaul aus der Kita holen konnten. Der plötzlich auftretende Husten oder Schnupfen tat sein Übriges.

Und (das ist nun auch ironisch gemeint) taten mir die Kolleginnen und Kollegen leid, die immer wieder diese Einsätze absichern mussten, obwohl sie lieber auf der anderen Seite gestanden

hätten. Den Gipfel der Gleichgültigkeit habe ich selbst erlebt, bei dem mir ein GdP-Mitglied sagte, dass er Gewerkschaftsbeiträge bezahle und dafür verlangen könne, dass seine Funktionäre für ihn mitdemonstrieren. Für „so was“ opfere er nicht seine MAZ. Ohne Worte!

Nein, der wahre Grund ist ein anderer und hat tiefere Wurzeln. Uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es schon wieder oder immer noch viel zu gut. Die Schmerzgrenze ist noch lange nicht erreicht. Ich bin kein Prophet, aber unsere politisch Verantwortlichen werden Schritt für Schritt (haben sie in der Vergangenheit bewiesen) an der Stellschraube drehen, bis eben diese Schmerzgrenze erreicht ist. Und erst dann, so vermute ich, wird des Volkes Zorn so groß werden, dass unsere Politiker wieder wahrhaftig zittern und dabei spielt die politische Farbe überhaupt keine Rolle. Wie viele Politiker habe ich erlebt, die uns in ihrem Wahlkreisbüro den „Himmel auf Erden“ versprochen haben, wenig später wir aber doch verstehen müssen, dass sie an „Fraktionszwänge“ gebunden seien und damit genau das Gegenteil vom Versprochenen beschlossen haben. Da kommt zum Hohn auch noch der Spott hinzu.

Und leider, so meine Meinung, machen wir als Gewerkschaft auch handwerkliche Fehler. Wir verkaufen doch tatsächlich das 2013er Tarifergebnis als Erfolg, als gerade noch hinnehmbar. Wir summieren 2,65 Prozent und 2,95 Prozent auf „die fast geforderten 6,5 Prozent“, vergessen dabei aber völlig die Laufzeit. Wir freuen uns tierisch, dass man „Schlimmeres verhindern“ und „Verschlechterungen abwehren“ konnte. Tut mir leid, aber das sehe ich anders. Das ist ureigenste Gewerkschaftsarbeit und kein Erfolg im Ergebnis von Tarifverhandlungen.

Die faktische Nichtübernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtensektor (und den der Versorgungsempfänger) und unsere Reaktion darauf ist im Moment der Höhepunkt der gegenwärtigen Allgemeinsituation. Wir lassen es „verfassungsrechtlich“ prüfen ... Was denn nun noch? Wissen wir wirklich noch, wogegen wir alles oder wofür wir alles geklagt haben? Mit welchem Erfolg? Wie weit ist unser DGB mit der Angelegenheit zur allgemeinen Alimentation, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld? Wie weit ist die Situation gedie-

hen um die 80 Euro Selbstbehalt bei der Beihilfe? Irgendwann muss doch auch einmal mit der Faust auf den Tisch gehauen und über Untätigkeitsklagen nachgedacht werden. Ich erinnere mich noch mit Entsetzen, dass die Ungleichbehandlung zwischen gehobenen und mittlerem Dienst schon einmal Grund gerichtlicher Auseinandersetzungen war. Konkret war es wohl die Beförderung von A 9 zu A 10 zu dem Zeitpunkt, als mittlerer und gehobener Dienst eine unterschiedliche Besoldungsangleichung erhalten haben. Wie weit das entschieden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich bin mir dessen durchaus bewusst, was Beamtinnen und Beamte in Bezug auf gewerkschaftliche Auseinandersetzungen mit ihrem Dienstherrn dürfen und was nicht. Dass wir aber das Besoldungsdiktat, abgesehen von einem (kleinen) medialen Aufschrei, erneut aktionslos zur Kenntnis nehmen wollen, ist für mich schwer nachvollziehbar. Uns nutzen auch keine wohlklingenden Worte wie „wir haben die Schnauze voll“ oder wir geben „diesem und jenem letztmalig“ die Gelegenheit, mit uns gemeinsam zu verhandeln. Dazu muss man einfach wissen, wie oft letztmalig ist. Die Ernsthaftigkeit dieser Drohungen ist zumindest stark zu bezweifeln.

Und (last, but not least) alle Kolleginnen und Kollegen, deren Oma und Opa an einem eventuell doch durchgeführten Aktionstag rein zufällig wieder 70. Geburtstag feiern, erinnere ich an oben genannte „Stellschraube“:

- Reduzierung des Berechnungsfaktors Ruhegehalt
- Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Erhöhung der Altersgrenzen
- Abschaffung der Altersteilzeit
- Abschaffung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes
- offene Abkoppelung von Tarifergebnissen auf Beamte und Versorgungsempfänger
- unterschiedliche Bewertung des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes

An die Zacken der Stellschraube der vergangenen Jahre kann sich hoffentlich noch jeder erinnern oder haben wir es schon vergessen? Wenn ja, brauchen wir uns nicht zu wundern, wohin unser Weg führt.

Frieder Fischer



BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

BFE-Cup 2013

Am 25. Juni 2013 fand der Fußball-Cup der Beweis-sicherungs- und Festnahmeinheiten (BFE) mittlerweile schon zum 10. Mal in Leipzig statt. Wie in jedem Jahr startete unsere Mannschaft der BFE Chemnitz mit einer hohen Erwartungshaltung, hochmotiviert und voller Tatendrang. Gestärkt durch die Energiedrinks der GdP kamen wir gegen 9.30 Uhr in der Sport-



Unser Team der BFE Chemnitz

Foto: Peter Zänker

schule „Egidius Braun“ an und verfolgten gespannt die Gruppenauslosung. Unsere Gegner standen fest: BFE Dresden, BFE Magdeburg, IZD/Einsatzzug Leipzig, Einsatzzug III Leipzig.

Nach der ersten Spielniederlage ließen wir uns nicht entmutigen.

Nach dem Motto „Das Runde muss ins Eckige!“ kämpften wir um Torchancen, Treffer und wertvolle Spielpunkte.

Leider mussten wir – das Kleinfeldfußballturnier und mehrere Einsätze noch in den Beinen – weitere Nieder-

lagen einstecken. Auch der verletzungsbedingte Ausfall unseres Torwartes schwächte unser Team enorm.

Über die Spielergebnisse möchten wir an dieser Stelle deshalb keine genauen Angaben machen.

Nur so viel: 0 Punkte, 1 Tor.

Wir möchten uns bei der Bezirksgruppe Chemnitz der Gewerkschaft der Polizei für die Unterstützung bedanken, die uns

auch in diesem Jahr wieder mit dem Startgeld sponserte. Wir versichern, auch zum 11. Fußball-Cup der BFE im nächsten Jahr wieder anzutreten.

Peter Zänker

Firmencup 2013

Leider wird Tischtennis in der sächsischen Polizei nicht als ernst zu nehmende Sportart im Rahmen des Dienstsportes wahrgenommen und unterstützt. Dies wurde hier mehrfach durch andere Polizeidirektionen untermauert, welche nicht einmal das deutschlandweite Turnier im Intranet ausgesteuert haben.

Anders ist es in der Polizeidirektion Chemnitz, wo ich als Trainer große Unterstützung in dieser Sportart seitens der Polizeidirektionen erhalte. Dies spiegelt sich dadurch wider, dass in der Polizeidirektion Chemnitz die Sportart Tischtennis im Rahmen des Dienstsportes als Gesundheits- und Präventionssport unter meiner Anleitung angeboten wird.

Ein absoluter Höhepunkt war beim Sächsischen Sport- und Gesundheitstag am 22. Mai 2013, als ich mich mit der Sportart Tischtennis präsentieren durfte. Aufgrund der Vielzahl der Interessenten konnte ich drei Kurse anbieten, um einen Einblick in diese

Sportart zu vermitteln. Dazu konnte ich Wolfgang Stein, den mehrfachen DDR-Meister und Teilnehmer an internationalen Turnieren, für das Sportshowprogramm zur Vorführung einiger Schlagtechniken gewinnen, welche ich erläuterte und die begeistert von den Zuschauern aufgenommen wurden.

Tischtennis gilt als die schnellste Ballrückschlagsportart, die starke koordinative und reaktionsbedingte Fähigkeiten erfordert. Um dies unter Beweis zu stellen, nimmt unsere Trainingsgruppe an verschiedenen Wettkämpfen teil.

Einer dieser Wettkämpfe, der 6. Chemnitzer Firmen-Cup im Tischtennis, fand am 11. Juni 2013 in der Arena Chemnitz mit insgesamt 102 Mannschaften statt.

Die Polizeidirektion Chemnitz nahm zum dritten Mal an diesem Turnier mit zwei Mannschaften, jeweils eine bei den Nichtaktiven und eine bei den Aktiven, teil.

Im Jahr 2012 erreichte das Team der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge einen hervorragenden 2. Platz. Also galt es in diesem Jahr, diesen Platz zu verteidigen, was aufgrund einer Erkrankung einer Teilnehmerin aus unserer Mannschaft sehr schwer zu realisieren war.

Platzierungen sind auch oft abhängig vom Losglück. Das erlebte unser Team der Nichtaktiven, welches mit nur einem verlorenen Spiel am Ende den 17. Platz belegte. Es war trotzdem eine hervorragende Leistung!

Bei den aktiven Spielern war für uns von vornherein klar, dass es hier nur ein besseres Training sein kann, da Spieler höherer Klassen (Landesliga, Verbandsliga, Regionalliga und Bezirksliga) am Start waren und wir schon in der Vorrunde auf solche Teams trafen.

So hatten wir das Pech in der Vorrunde, dass wir im hervorragenden spannenden Spiel um den Gruppensieg das Entscheidungsdoppel knapp



BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

verloren hatten. Trotzdem waren wir mit dem erreichten Ergebnis hoch zufrieden und spielten am Limit unserer Leistungstärke und ließen einige höherrangige Spieler und Teams hinter uns. Am Ende belegten wir hierbei den 26. Platz. Es war ein tolles Turnier und ich möchte mich hier auch bei dem Organisationsteam vom BSC Rapid Chemnitz, Sektion Tischtennis, bedanken.

Insgesamt ist dieses Turnier eine tolle Werbung für den Tischtennissport und ich hoffe, dass auch außerhalb unserer Polizeidirektion diese Sportart in der Polizei als ernst zu nehmender Sport wahrgenommen wird.

Der BSC Rapid Chemnitz unterstützt uns auch seit vielen Jahren bei der Ausrichtung des größten Tischtennisfreizeitturnieres in Chemnitz unter dem Motto „Sport statt Gewalt“, in dem er uns, dem Kinder- und Jugendklub „UK“ und dem Poli-



Hinten: Mike Neubert; Jens Berger und Eberhard Arnold, vorn: Marcel Vogel und Raymond Groschopp

Foto: Arnold

zeirevier Chemnitz Südwest, seine Hallen kostenlos zur Verfügung stellt. Dieses Turnier findet einmal im Jahr statt und wird durch die Kinder und

Jugendlichen sowie Polizeibeamte sehr gut angenommen.

**Sport frei
Eberhard Arnold**

Anzeige

GdP-Phone 3.0

Preissenkung bei einmaliger Zuzahlung

Einmalige Zuzahlung:
10,00 €

Samsung Galaxy Y

Einmalige Zuzahlung:
59,00 €

Samsung Galaxy Ace 2

Einmalige Zuzahlung:
39,00 €

Samsung Galaxy S3

Einmalige Zuzahlung:
139,00 €

iPhone 5 16 GB

Alle Infos und Anträge unter:

www.gdp-phone.de

Hast Du Fragen rund ums GdP-Phone dann ruf unsere Hotline 035204/68755 oder schreib uns eine E-Mail info@psw-service.de



SENIORENGRUPPE DRESDEN-MITTE

Senioren im Dreiländereck Österreich/Italien/Slowenien

Am 16. Juni 2013 startete unsere Seniorengruppe zu einer achttägigen Busreise ins Kärntner Land. Nach dem Eintreffen im Hotel Kolbitsch, direkt am Weissensee, wurden wir persönlich von der Wirtin des Hotels, Frau Winkler, sowie dem Geschäftsführer des Touristenverbandes des Naturparkes Weissensee, Herrn Schier, auf das Herzlichste begrüßt und willkommegeheißen.

Tagestouren führten uns unter anderem

- nach Klagenfurt zur kleinen Welt am Wörthersee – „Minimumus“. Hier sind die schönsten Bauwerke der Welt im Maßstab 1:25 zu sehen. Sie sind nach Originalplänen und mit Originalmaterialien bis ins kleinste Detail nachgebaut und mit zahlreichen Animationen ausgestattet;

- in die Berge nach Heiligenblut und weiter in das Herz des Nationalparks Hohe Tauern, zum Großglockner;

- ins nahe gelegene Italien zum Monte Luschari in 1900 m Höhe zur Wallfahrtskirche Maria Luschari mit einem einzigartigen Bergpanorama;

- per Motorschiff über den Weissensee, der aufgrund seiner Reinheit nicht nur einen hohen Fischbestand hat, sondern auch als Trinkwasserlieferant für die angrenzenden Gemeinden dient. Mit einer zünftigen Brettljause auf der Nagglers-Alm in 1324 m Höhe endete dieser Tag;



Foto: Wolfgang Röber

- nach Slowenien durch den Triglav-Nationalpark, nach Planica mit den bekannten Sprungschanzen bis zum Bleder See und dem weltbekannten Kurort Bled.

Erwähnenswert ist auch ein kurzer Erfahrungsaustausch von Vertretern unserer Seniorengruppe mit dem Abteilungsinspektor der Polizeiinspektion Weissensee, Herrn Salcher, u. a. auch zum umfangreichen Aufgabengebiet der österreichischen Kollegen.

Beim anschließenden Grillabend mit original kärntnerischer Musi wur-

de der Wirtin und ihrem gesamten Team für die herzliche Aufnahme und Bewirtung gedankt und ein Gastgeschenk überreicht.

Fazit: Eine fantastische Reise mit vielen neugewonnenen Eindrücken, einem Wetter wie im Bilderbuch – vielleicht ein wenig zu warm – aber für Abkühlung wurde beim täglichen erfrischenden Bad im Weissensee gesorgt. Trotzdem gibt es bereits Pläne für eine Reise in 2014 zu den polnischen Masuren.

Dagmar Beyer

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Tag der offenen Tür

Vom 13. bis 15. Juni 2013 fand im Paunsdorf-Center in Leipzig die BIKEMANIA statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung führte die Verkehrspolizeiinspektion der Polizeidirektion Leipzig ihren Tag der offenen Tür durch. Verbunden mit diesem wurde das traditionelle Bikertreffen mit Bikergottesdienst und Ausfahrt ins Kohrener Land durchgeführt.

Auch die Bezirksgruppe Leipzig der Gewerkschaft der Polizei Sachsen e. V. (GdP) beteiligte sich mit einem Stand an dieser Veranstaltung.

Neben dem Verkauf von bei Bikern und Kindern beliebten Artikeln der OSG kam es natürlich auch wieder zu zahlreichen Gesprächen mit Bürgern und Kollegen. Auch die allgemein als „harte Burschen“ bekannten Biker

machen sich doch so ihre Gedanken, wie es um die innere Sicherheit im Freistaat bestellt ist. Auch von ihnen, aber auch sehr häufig von Eltern, die mit ihren Kindern das Fest besuchten, wurden immer wieder Fragen zum Stellenabbau gestellt. Unverständnis wurde gerade von diesen zum vorgeesehenen Rückzug der polizeilichen Prävention geäußert.



BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Aber auch die besonders in Leipzig wieder gestiegene Anzahl der Straftaten lässt die Bürger an der Richtigkeit der inneren Sicherheitspolitik des Freistaates Sachsen zweifeln.

Gerade auch weil die Wohnungseinbrüche und Kfz-Diebstähle das direkte Umfeld der Bürger persönlich treffen. Die Rauschgiftkriminalität, insbesondere die rasche Ausbreitung der Modedroge Crystal Meth, lässt die Bürger mit Blick auf Kinder und Jugendliche nicht gerade freundlich auf Stellenabbau und Polizeireform.2020 blicken.

Viele Kolleginnen und Kollegen kamen mit ihren Sorgen zu den Standbetreuern der GdP. Auch sie beschäftigten sich mit den Themen Stellenabbau, Arbeitsüberlastung, Krankenstand, Überalterung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie fehlende Motivation. So war die geplante Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten ein sehr oft angesprochenes Problem.



Fotos:
Goudschmidt

Die erneute Abkoppelung von den Tarifbeschäftigten und die vorgesehene Spaltung bei der Übertragung

des Ergebnisses auf die Beamten sorgen für erheblichen Unmut. Es wurde schon sehr viel Unverständnis darüber geäußert, dass die Staatsregierung offensichtlich der Meinung ist, dass die steigenden Lebenshaltungskosten vor den Beamten und ihren Familien haltmachen.

Da waren die von der Bezirksgruppe spendierten Bratwürste und Getränke nur ein kleiner Trost.

Als Fazit bleibt nur zu sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der Politik im Freistaat zügiges Handeln erwarten, um die Forderungen der GdP – sofortige Wiedereinführung der Sonderzahlung in alter Höhe, Anhebung der Polizeizulage inklusive der Ruhegehaltfähigkeit, DUZ fünf Euro pro Stunde sowie sofortigen Stopp des Stellenabbaus – umzusetzen.

Dazu gehört im Übrigen auch die Schaffung eines realistischen Einstellungskorridors für Beamte und Beschäftigte.

Euer Eckehard Goudschmidt

BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ**Schwarzenberg grüßt die Sachsen ...**

Zum Tag der Sachsen in Schwarzenberg wird die Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei Chemnitz gemeinsam mit der Bezirksgruppe Bundespolizei Pirna/Kreisgruppe Bundespolizei Chemnitz ihre Mitglieder, die sich im Einsatz befinden, betreuen.

Die Kollegen des GdP-Betreuungsteams erreicht Ihr telefonisch unter:

Service-Telefon „Tag der Sachsen“

GdP-Phone
+49-15 20-8 86 33 93
oder
+49-15 25-6 10 26 43

Marko Pfeiffer
Bezirksgruppenvorsitzender
Polizeidirektion Chemnitz

Jörg Günther
Kreisgruppenvorsitzender
Bundespolizei Chemnitz



einfach **sagenhaft**

Tag der Sachsen 2013
SCHWARZENBERG

Quelle: Projektbüro „Tag der Sachsen“ 2013





Stellenbewirtschaftung in ...

... Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung hat in ihrem Personalentwicklungskonzept 2011 bis 2025 (PEK) einen umfassenden Abbau von (Plan-)Stellen in der öffentlichen Verwaltung beschlossen. Gleichwohl hiermit vorgesehen ist, die derzeit 51 600 Stellen bis zum Jahr 2020 auf 40 800 Stellen zu reduzieren, soll eine leistungsfähige Verwaltung erhalten bleiben. Auf die Polizei als integrativer Bestandteil der Landesverwaltung hat dieses „Konzept zum strategischen Personalmanagement“ ebenfalls massive Auswirkungen.

Für den Bereich des Polizeivollzugs ist derzeit eine Zielgröße von ca. 5000 Stellen bis zum Jahr 2020 formuliert. Setzt man diese Zielstellenzahl in Relation zur voraussichtlichen Bevölkerungszahl des Jahres, so wird sich für das Jahr 2020 eine Polizeidichte von 1:365 ergeben. Der Stellenbestand für die Polizeiverwaltung orientiert sich am Polizeivollzug. Eine Relation von 15,8 Verwaltungsstellen zu 100 Vollzugsstellen wurde politisch als sachgerechter Maßstab ermittelt, mithin sind als Ziel 777 Stellen vorgesehen.

Im Land war man deshalb gefordert, eine Polizeistruktur zu schaffen, die unter der vorgenannten Personalentwicklung das erreichte Niveau der öffentlichen Sicherheit und Ordnung garantiert. Bereits im Jahr 2007/2008 erfolgte aus diesem Grund eine Strukturreform. Durch den weiteren Stellenabbau in der Polizei sind derzeit erneute strukturelle Veränderungen in Überlegung. Die sich aus diesen Gründen stets verändernden Stellenzahlen lassen eine perspektivische Stellenbewirtschaftung und -berechnung schwer zu. Die politische Debatte sieht in dieser „Sparwut“ eine immer tiefgreifendere Reduzierung von Stellen und somit von Personal vor. Gleichwohl in der Praxis gute Ansätze im organisatorischen Bereich der Polizei existieren, ist es fraglich und kaum nachvollziehbar, ob für jeden geplanten Dienstposten auch eine entsprechende (Plan-)Stelle vorhanden sein wird.

Uwe Petermann

... Thüringen

Grundlage für die Stellenbewirtschaftung in der Thüringer Polizei ist der Landeshaushaltsplan und der Einzelplan 03 für das Thüringer Innenministerium. Die dort enthaltenen Planstellen (für Beamte) und Stellen (für Tarifbeschäftigte) mit Stand 1. 1. 2010 waren Grundlage für die gegenwärtig noch laufende Polizeistrukturreform (PSR) und damit auch für die aktuellen Organisations- und Dienstpostenpläne. Die Orientierung der Polizeistruktur auf den Stellenhaushalt 2010 ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei eine der Schwachstellen vom PSR. Seit dem Haushalt 2010 steht nämlich bereits fest, welche Stellen die Thüringer Polizei bis Ende 2019 noch abzubauen hat. Bei dem vorgegebenen Stellenabbau von mehr als 15 Prozent der Stellen zwischen 2010 und 2020 bezweifelt die GdP, dass die jetzt in Einführung befindliche Struktur dann noch funktionsfähig ist.

Nach dem bisher gültigen Konzept werden im Zeitraum 2012 bis 2020 in der Thüringer Polizei 644 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte und 282 Stellen für Tarifbeschäftigte gestrichen. Der Personalabbau erfolgt dadurch, dass nicht alle Altersabgänge bei den Polizeivollzugsbeamten durch Neueinstellungen ersetzt werden. Im Tarifbereich werden Altersabgänge überhaupt nicht durch Neueinstellungen ersetzt. Wird dieser Personalabbau tatsächlich so umgesetzt, so bedeutet das, dass mehr als eine komplette Landespolizeiinspektion mit den ihr nachgeordneten Dienststellen verschwindet. Das ist auch bei einer gleichmäßigen Verteilung der Personalreduzierung auf alle derzeit vorhandenen Dienststellen nicht zu verkraften. Die Folgen davon werden die Schließung von Polizeidienststellen und die weitere Reduzierung von Aufgaben der Polizei sein. Eine Expertenkommission hatte kürzlich sogar eine Reduzierung der Polizei um 1900 Stellen bis 2020 vorgeschlagen. Das wäre der Horror für die Polizei und die innere Sicherheit

Edgar Große

... Sachsen

Grundlagen für die Stellenbewirtschaftung in Sachsen sind das Haushaltsgesetz und der jeweilige Haushaltsplan. Für die sächsische Polizei bedeutet das aktuell, Dauerstellen als Planstellen für Beamte, Stellen für Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen (Personalsoll A) sowie Zeitstellen für Stellen mit befristeten Arbeitsverträgen (Personalsoll B). Des Weiteren sind Leerstellen ausgebracht, die z. B. für Beurlaubungen oder Elternzeit genutzt werden. Auf der Grundlage der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dürfen nur notwendige Stellen ausgebracht werden. Die objektive Grundlage der Feststellung der Notwendigkeit von Planstellen und Stellen entzieht sich für den Betrachter leider immer öfter.

Der aktuelle Stellenabbau, der z. B. durch kw-Vermerke (künftig wegfalend) im aktuellen Doppelhaushaltsplan ersichtlich ist, beruht auf Festlegungen der Staatsregierung. Ein Aufgabenverzicht auf der Grundlage einer nachvollziehbaren Aufgabenkritik liegt jedoch nicht vor. Auch werden Aufgaben in der Polizei seit über 20 Jahren durch Arbeitnehmer mit befristeten Stellen realisiert. Die Stellenplanung wird also in der Praxis seit Jahren durch enge Vorgaben bestimmt. In deren Folge werden sogar rechtliche Festlegungen von Personalberechnungen für die Erledigung von Aufgaben, wie z. B. bei den Fachkräften für Arbeitssicherheit oder den Betriebsärzten, nicht eingehalten.

Die Ausbringung der Planstellen erfolgt nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen und die der Stellen nach Entgeltgruppen (EG). Für die Gruppe der Beamten wurden im aktuellen Doppelhaushalt für jedes Jahr 400 Stellenhebungen beschlossen. Damit ist eine verbesserte Grundlage für Beförderungsmöglichkeiten gegeben. Der tatsächliche Bedarf wird damit jedoch nicht abgedeckt. Die begrenzte Anzahl höherwertiger Stellen (ab EG 9) für Arbeitnehmer sind ein Hemmschuh für die Einstellung von qualifiziertem Personal und einer nachhaltigen Personalentwicklung.

Torsten Scheller

